Anzeiger für den Kreis Pleß

Plesser Stadtblatt

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 1,50 Złoty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Mittwoch und Sonnabend. **Geschäftsstelle:** Pleß, ul. Piastowska 1

Anzeigenpreis: Die 4-gespaltene mm-Zeile für Polnisch-Oberschlesien 7 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Post-Sparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 28. Sonnabend, den 7. April 1934. 83. Jahrgang.

Götterdämmerung des Geldes

Es scheint, dass wir uns einer Zeit zu nähern beginnen, in der nicht mehr „mit Geld alles zu machen" sein wird. Der amerikanische Multimillionär und Grossbetrüger Insull ist nach langen Kreuz- und Querfahrten von den türkischen Behörden in Polizeigewahrsam genommen worden und wird nun, nachdem das türkische Parlament eigens für diesen Fall einen Staatsvertrag mit den Vereinigten Staaten ratifizierte, nach Amerika ausgeliefert worden. Die grossen Geldmittel dieses modernen Raubritters haben nicht mehr die Macht gehabt, das Treiben eines Mannes, der den Allgemeininteressen seines Landes so furchtbar geschadet hat, dem Urteil eines neu aufkommenden Rechtsempfindens zu entziehen. Man muss schon bei dem Namen Raubritter bleiben, um gemeinverständlich die asoziale Tätigeit einer Klique von Aktienschiebern und Börsenspekulanten darstellen zu können. Denn ebenso wie einmal in grauer Vorzeit die Macht der Landesfürsten eingesetzt werden musste, um dem Treiben von ritterlichen Wegelagerern, das ein Gewohnheitsrecht geworden war, denGaraus zu machen, so muss heut wieder der Staat seine Hoheit einsetzen, um die Schädlinge, die die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung rücksichtslos bis zur Destruktion ausnützten,zu zwingen, ihr Recht als Einzelperson nur insoweit ausüben zu dürfen, als gemeinwirtschaftliche Interessen dadurch nicht gefährdet werden. Aber wie auch einst im Mittelalter die Staatsautorität mit dem Widerstand der nun „Entrechteten" schwere und zeitlich lange Kämpfe durchzufechten hatte, bis die neue Ordnung sich fundiert hatte, so muss auch heut wiederum der Staat seine ganze Macht einsetzen, um dem neuen Rechtsbegriff „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" Geltung zu verschaffen. Diese Kämpfe mit dem Widerstand der Mächte, die sich dem neu aufkommenden Recht noch nicht beugen wollen, sind natürlich anderer Art, wie einst in der mittelalterlichen Vorzeit. Heut kämpfen diese mächtigen Interessentengruppen mit den Mitteln moderner Technik und zwar in erster Linie durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, die ja fast ausschliesslich die Presse besorgt. Seit mehr als einem halben Jahrhundert sind die Zeitungen mehr und mehr zum Instrument von Kapitalinteressen geworden, die unter diesem harmlosen Mantel, eine verschleierte geschäftliche Propaganda betrieben und die Stimmung des Lesers für Bestrebungen beeinflusste, die mit seinen persönlichen meistens im Widerspruch standen.

Im Kampf mit dem industriellen Raubrittertum — das trotz Insull noch nicht ganz zu Boden gezwungen ist — hat nun der Präsident Roosevelt den ersten Gegenstreich erhalten. Er richtet sich zwar nicht gegen den Präsidenten selbst, dessen Autorität unangefochten ist, aber die Gegner des Präsidenten glauben auch über einen Umweg zum Ziele zu kommen. Dieser Umweg ist der sogenannte Brain-Trust, der Gehirn-Trust, ein Kreis enger Berater des Präsidenten. Für die Umwege, die die Gegenpropaganda eingeschlagen hat, ist es bezeichnend, dass sie sie nicht in der Presse begonnen, sondern durch einen Brief, den ein unbekannter Schulinspektor im Staate Indiana geschrieben hat. Diesen Brief hat dann ein Industrieller, James Rand, in einem Parlaments-Ausschuss verlesen und die gewünschte Sensation hat eingeschlagen. In dem Brief will der Schulinspektor Dr. Wirt von einem anonymen Mitglied des Gehirn-Trustes erfahren haben, „dass wir Roosevelt in einen reissenden Strom gebracht haben, dessen Wellengang so stark ist, dass er weder umkehren noch entweichen kann. Wir glauben, dass wir ihn so lange in dieser Lage halten können, bis wir so weit sind, ihn durch einen Stalin zu ersetzen. Wir alle denken, dass Roosevelt nur ein Kerenski dieser Umwälzung ist." Das ist ein kleines Detail aus dem Briefe des Schulinspektors, der ja im ganzen ein einziges Elaborat von albernen Fälschungen ist, aber da heut die grössten Dummheiten Gläubige finden, wird dieser Brief natürlich seine Wirkungen tun, schon weil man nicht vergessen hat, die ominösen Namen Stalins und Kerenskis mit einzuflechten. Dass in diesem Briefe auf die „drohende Gefahr für nationale Güter" besonders hingewiesen wird, ist für alle Kenner der Propaganda und der massenpsychologischen Wirkungen ja nichts Neues.

Die amerikanische Presse hat zwar nicht gezögert den plumpen Schwindel an die Wand zu nageln und hat in diesem Zusammenhange von einem Sinowjew-Brief gesprochen, die Sensation war aber einmal geschaffen und es wird nicht wenige Leute geben, die diesen Schwindel ernst nehmen werden. Präsident Roosevelt ist damit im Kampf für sein wirtschaftliches Aufbauwerk in eine Periode gekommen, die den direkten Widerstand seiner Gegner in einen indirekten umgewandelt hat. Gegen solche Methoden ist der Kampf natürlich viel schwieriger, doch ist es bei der bisher bewiesenen Energie des Präsidenten anzunehmen, dass er um Mittel, die Quellen, die die öffentliche Meinung zu vergiften drohen, zu verstopfen, nicht in Verlegenheit kommen wird.

Offerte an die Weltwirtschaft

Das Reich will Erzeugnisse gegen Einfuhrgüter austauschen

Berlin. Der nationalsozialistische Angriff nimmt in einem bemerkenswerten Artikel Stellung zu den Verhandlungen, die demnächst Dr. Schacht mit den Auslandsgläubigern zu führen hat und erinnert an die Worte des Reichsführers des Handels Dr. Luer: „Wir melden bei allen Völkern der Erde einen steigenden Bedarf an Gütern an, die wir gegen unsere Erzeugnisse austauschen wollen", und fährt fort: „Es handelt sich im Augenblick gar nicht um programmatische Streitigkeiten zwischen Autarkisten und Welthandelsoptimisten, Deutschland ist einfach in eine Zwangslage versetzt worden. Es kann keine Schulden bezahlen, wenn ihm keine Waren abgenommen werden. Dieser Grundsatz, den alle internationalen Sachverständigen bei den Verhandlungen verkannt haben, fängt nun an, sehr peinlich zu werden. Wir sind Schuldner, die zwangsläufig in die Lage versetzt werden, unsere Verpflichtungen nicht mehr erfüllen zu können. Was ist denn dabei so aussergewöhnlich? Fast alle europäischen Staaten sind in den letzten Jahren in ähnliche Lagen gekommen, weil jeder Krieg mit technischen Massenaufwand stets mehr Schuldner als Sieger zurücklässt. Wenn schon Rumänien, Südslawien und Frankreich energisch um Zahlungsaufschübe und Abstriche kämpfen, will man dann einem Land wie Deutschland, das am allermeisten wirtschaftlich zur Ader gelassen worden ist, verargen, dass es seine Lasten möglichst schnell los werden will? Was können wir denn loyaleres tun, als der Welt eine solche Offerte zu unterbreiten, wie Herr Dr. Lüer sie abgegeben hat?"

Deutschland und der Vatikan

Eine Ansprache des Papstes

Rom. „Osservatore Romano" veröffentlicht an leitender Stelle eine Aussprache des Papstes an die Vertreter deutscher Jugendvereine. Der Papst führte aus, er teile den Schmerz und die Sorgen, sowie die Angst der deutschen Jugend. Täglich erhalte er aus Deutschland neue ungünstige Nachrichten. DerVorsehung werde, wenn man das Vertrauen nicht verliere, zugunsten der mutigen Märtyrerjugend entscheiden. Der Papst werde, während die verantwortlichen Faktoren verhandlungsbereit sind, da andere übel handeln, die Rechte des Glaubens und der Ehre Gottes verteidigen. Denn es handle sich nicht um ein falsches Christentum, sondern das Heidentum zu bekämpfen.

Mit anderen Augen gesehen.

Posen. Der Kattowitzer Korrespondent des „Kurjer Poznański" schreibt seinem Blatte: „Man muss zugeben, dass die Wandlung der deutschen Katholiken eine ständige und unwillkürliche Bewegung ist, die aus der Enttäuschung und wachsenden Unzufriedenheit mit der bisherigen Politik der Führer der Minderheit erwächst. Die Deutschen beginnen sich zu überzeugen, dass auf polnischem Boden, inmitten des polnischen Volkes und unter den polnischen Behörden, gleichviel aus welchem Lager, die Politik von Amphibien und des Nikkens nach zwei Seiten auf die Dauer nichts Gutes bringt. Auf der einen Seite geräusch-

volle Beneuerung der Loyalität gegenüber dem polnischen Staat und Berufung auf die polnische Staatsangehörigkeit und auf der anderen Seite unaufhörliches Schielen nach der Seite Berlins und Schweifwedeln vor dessen Führern — das kann niemanden täuschen.“

Die Raubritter hinter dem Strauch.

Washington. Die Regierung Roosevelt war in beiden Häusern des Kongresses das Ziel **scharfer Angriffe wegen der sozialen Politik** des Präsidenten. Im Senat warf Senator Pittinson Roosevelt vor, er habe sich das i. J. 1932 von den amerikanischen Sozialisten aufgestellte Programm zu eigen gemacht. Pittinson übte heftige Kritik an den Massnahmen der Regierung. Im Repräsentantenhaus rechnete der Abgeordnete Eaton womöglich noch schärfer mit Roosevelt ab. Er erklärte, das amerikanische Volk stehe angesichts des revolutionären Programms des Präsidenten im Kampfe um die Rettung seiner Freiheit.

Palmsonntag in Sachsen.

Dresden. Ein anschauliches Bild über die gegenwärtigen Spannungen zwischen den staatspolitischen Machtansprüchen und den kirchlichen Disziplinen bieten Vorgänge, die sich in der Karwoche in Sachsen abgespielt haben. Man wollte wissen, warum gerade in der Passionszeit und zu Beginn der Karwoche die weltlichen Aufmärsche stattfänden, und man verlangte zum wenigsten eine Verlegung der Veranstaltungen. Aber die Verhandlungen scheiterten; den Vätern und Söhnen, in deren Familien Konfirmanden waren, wurde anheimgestellt, ein Gesuch um Befreiung vom weltlichen Dienst einzureichen. Viele dürften aus bestimmten Gründen auf die Einreichung dieses Gesuches verzichtet haben. Am Vorabend vor Palmsonntag rief ein Zapfenstreich die Bevölkerung zusammen, und in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gab es keine Polizeistunde, so dass ein grosses nächtliches Treiben den Sonntag einleitete. Auch die Sonntage vorher waren angefüllt mit Märschen und Uebungen, und es war keinem SA.-Mann, der daran teilnahm, mehr möglich, eine Kirche zu besuchen. Der Charakter der Passions- und Fastenzeit trat gänzlich vor den ausserkirchlichen Ereignissen in den Hintergrund. Es fanden im Lande bis zu Beginn der Karwoche auch „Frühlingsfeste“ mit Bällen und sonstigen volkstümlichen Vergnügungen statt. Als endlich am Palmsonntag die Aufmärsche der 125 000 erfolgte, war es auch da keinem dieser SA.-Leute möglich, seiner Kirchenpflicht zu genügen, und die Eltern die ihre Kinder zur Konfirmation führten, fühlten sich sehr vereinsamt.

Man kommt bei der Betrachtung der Verhältnisse im ehemals roten Sachsen an dem kirchlich-religiösen Moment, das für dieses Land sehr wichtig ist, nicht vorbei. Als vor einem Jahre der Umschwung in Deutschland kam, da war in Sachsen die Lage so, dass weite Kreise des Volkes die marxistischen und liberalen Verwüstungen in kultureller und religiöser Beziehung bereits mit Abscheu empfanden. Man war im Mutterlande der Reformation belehrt worden, dass es ohne die autoritative Voranstellung der Religion in keiner Weise gehe. Mütter weinten zu Hause um ihre Kinder, weil nicht nur in den Schulen ein Geist herrschte, der sie ihnen verdarb, sondern im gesamten öffentlichen Leben das Gift immer weiter um sich griff. Die Entwicklung ist andere Wege gegangen. Der Nationalsozialismus setzt seinen Totalitätsanspruch jetzt in die Wirklichkeit um, das heisst, er drückt dem gesamten öffentlichen Geschehen, dem sich die Religion unterzuordnen habe, jetzt unnachsichtlich seinen Stempel auf. Die Kirche bleibt frei in ihrem Sonderdasein, wo die Gedanken noch zollfrei sind und das Religiöse, sofern es das Weltliche nicht in lästiger Weise kritisiert, für sich bestehen kann.

„In diesem Zeichen wirst du siegen.“

Freiburg. In der Gründonnerstagspredigt des Erzbischofs Gröber heisst es u. a.: „Die an der Spitze des Staates stehen, sind gewillt, das Konkordat nicht nur auf dem Papier stehen zu lassen. Ich stelle aber mit schmerzlichem Gefühl fest, dass es Menschen gibt in unserem Vaterlande, die sagen, die Zukunft des deutschen Volkes sei nur möglich, wenn man sich loslöst von dem Boden, in dem es bisher verwurzelt war, von dem Boden des Christentums. Diese Menschen wollen Jahrhunderte deutscher Geschichte auswischen, sie wollen das deutsche Volk von heute wieder verbinden mit dem germanischen Urvolk, verbinden nicht nur der Rasse und dem Blute, auch dem Glauben nach. Ich aber sage, das deutsche Volk wird seine Zukunftsgrösse nicht erreichen dadurch, dass man die Vergangenheit auslöscht und an Stelle der christlichen Kreuze andere Zeichen setzt. Ich rufe euch daher auf Grund unserer Liebe zum deutschen Volke auf, treue katholische Menschen zu sein. Die grossen Männer unseres Volkes wollen keinen Kulturkampf, aber an deren gegenüber, die mit einem Kulturkampf spielen, sage ich, sie werden uns gewappnet finden, wenn sie uns den Glauben aus dem Herzen reissen wollen.“

Prinz Leopold von Preussen.

Rom. Prinz Leopold von Preussen, der zur Heiligsprechung Don Boscos nach Rom gekommen war, ist vom protestantischen zum katholischen Glauben übergetreten. Er empfing am Ostersonntag die erste hl. Kommunion.

Der zweifelhafte Bundesgenosse.

Berlin. Das Bekenntnis des ehemaligen sozialdemokratischen Ministers Severing zum Nationalsozialismus wird geteilt aufgenommen. So schreibt der Angriff: „Mit manch einem Mann von gestern können wir nach ehrlicher Wandlung wieder sprechen. Zwischen Severing und uns aber stehen die Toten der Bewegung. Severing führt heute sein Herz ins Treffen. Wir hätten dieses Herz gern früher angetroffen. Wo war es, als Schlageter starb, weil Severings preussische Polizei die Befreiung gewaltsam verhinderte, von ihm befohlen, von ihm gedeckt? Wie schlug sein Herz eigentlich, als er mit Moldenhauer, dem Geldsackpatrioten, Arbeiterpolitik machte? Was sagte sein Herz als seine Schupo am Tage von Versailles kriegsbeschädigte Studenten zu Boden knüppelte? Wo war sein Herz beim Begräbnis Horst Wessels, als seine Ueberfallkommandos die Passanten am Alexanderplatz die Untergrundbahntreppen hinunterprügelten? Nach welcher Richtung schlug sein Herz, als Dr. Giebbels und Prinz August Wilhelm vor einem internationalen D-Zug auf dem Königsberger Hauptbahnhof niedergeschlagen wurden? Fror vielleicrt sein Herz ein wenig mit den Hitler-Jungen, die im Winter mit nacktem Oberkörper ihren erschlagenen Kameraden beerdigen mussten. O, es gab auch in Preussen soviel Gelegenheit für ein edles Herz, deutsch zu sein. Aber gerade als die Gelegenheit da war, machte Herr Ministerpräsident keinen Gebrauch davon ...“

Die Lage der arbeitslosen Angestellten.

Berlin. Die „Nationalzeitung“ in Essen, die bis vor kurzer Zeit das offizielle Organ des preussischen Ministerpräsidenten Goering war und auch heute noch auf ihrem Kopf die Bezeichnung „Organ der nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ führt, veröffentlicht heute einen sensationellen Artikel, der ein bezeichnendes Licht auf die trostlose Lage der arbeitslosen Angestelltenschaft in Deutschland wirft.

In dem Artikel, der durch seine scharfe Sprache gegen das private Unternehmertum auffällt,

---

Chadshi Murat

Roman aus den Kämpfen im Kaukasus
von Leo N. Tolstoi.

(38. Fortsetzung)

Nikolaus wusste, dass zwölftausend Spiessrutenhiebe nicht nur einen sicheren, qualvollen Tod bedeuteten, sondern auch eine überflüssige Grausamkeit, da schon fünftausend Hiebe genügten, den stärksten Mann zu töten. Aber es war ihm angenehm, unerbittlich hart zu sein und gleichzeitig zu glauben, es gäbe keine Todesstrafe in Russland.

Nachdem er seinen Entschluss niedergeschrieben, schob er das Schriftstück Tschernyschew hin.

„Da lies,“ sagte er.

Tschernyschew las und neigte zum Zeichen ehrerbietigen Erstaunens den Kopf.

„Alle Studenten sollen auf den Platz geführt werden und der Bestrafung beiwohnen,“ fügte Nikolaus hinzu. Das wird nützlich sein; ich will diesen revolutionären Geist mit der Wurzel ausrotten, dachte er.

„Zu Befehl,“ antwortete Tschernyschew, schwieg einen Augenblick, strich sein Haar glatt und kam dann wieder auf den Kaukasus zu sprechen.

„Was befehlen Majestät Woronzow zu schreiben?“

„Er soll streng an meinem System festhalten: die Wohnstätten zerstören, die Zufuhr nach der Tschetschna abschneiden und sie durch Ueberfälle beunruhigen,“ sagte Nikolaus.

„Und was soll mit Chadshi Murat geschehen?“ fragte Tschernyschew.

„Woronzow schreibt ja, dass er ihn im Kaukasus verwenden will.“

„Dürfte das nicht zu gewagt sein?“ meinte Tschernyschew, dem Blick des Kaisers ausweichend. „Ich fürchte, Woronzow ist zu vertrauensselig.“

„Was meinst du denn?“ fragte der Kaiser, dem Tschernischews Absicht, Woronzows Anordnung in ein ungünstiges Licht zu stellen, nicht entging.

„Ich meine, es wäre ungefährlicher, ihn nach Russland zu schicken.“

„Das meinst du,“ sagte Nikolaus spöttisch. „Ich meine es aber nicht; ich stimme Woronzow bei. Schreib ihm das.“

„Zu Befehl.“ Tschernyschew erhob sich und verbeugte sich.

Dasselbe tat Dolgoruki, der während des ganzen Vortrage nur auf Veranlassung des Kaisers ein paar Worte über die Truppenverlegung an die preussische Grenze gesagt, hatte.

Nach Tschernyschew wurde der Generalgouverneur der westlichen Provinzen, Bibikow, empfangen, der sich verabschieden wollte. Der Kaiser billigte alle Massnahmen Bibikows gegen aufständische Bauern, die nicht zur russischen Kirche übertreten wollten, und befahl, die widerspenstigen Bauern vor ein Kriegsgericht zu stellen. Das hiess, sie zu Spiessruten zu verurteilen. Ausserdem befahl der Kaiser einen Zeitungsredakteur unter die Soldaten zu stecken, weil der Redakteur in seinem Blatte Mitteilungen von der Umschreibung einiger tausend Staatsbauern in Apanagebauern gemacht hatte. Diese Umschreibung war auf Befehl des Kaisers geschehen.

„Ich tue das, weil ich es für notwendig halte,“ sagte er.

Bibikow begriff die Grausamkeit gegen die zur unierten Kirche Gehörigen, wie auch die Ungerechtigkeit, die in der Umwandlung von Staatsbauern, das heisst freien Leuten, in Apanagebauern, das heisst Leibeigene der kaiserlichen Familie, lag, sehr wohl. Trotzdem durfte er nicht widersprechen. Dem Kaiser widersprechen, hiess, die glänzende Stellung aufgeben, die er im Laufe von vierzig Jahren errungen hatte. Deswegen neigte er ergeben seinen graumelierten Kopf zum Zeichen der Unterwerfung unter den kaiserlichen Willen.

Nachdem Bibikow abgefertigt war, reckte sich der Kaiser im Bewusstsein der getanen Pflicht, sah nach der Uhr und ging, um sich zur Cour anzukleiden. Er zog seine Uniform mit Epauletts, Orden und Ordensbändern an und begab sich in den grossen Audienzsaal. Hier waren über hundert Herren in Uniformen und Damen in Balltoilette an genau bestimmten Punkten aufgestellt, die klopfenden Herzens den Kaiser erwarteten.

Mit leblosem Blick und vorgestreckter Brust trat der Kaiser langsam zu den Harrenden hinaus, fühlte die Blicke aller mit ängstlicher Ergebenheit auf sich gerichtet und nahm eine noch feierlichere Miene an. Bisweilen trafen seine Augen ein bekanntes Gesicht; dann suchte er sich zu erinnern, wer die Persönlichkeit war, blieb stehen, sprach ein paar Worte russisch, bisweilen auch französisch, und hörte mit kaltem, leblosem Ausdruck die Antworten an.

(Fortsetzung folgt!)

heisst es u. a., der deutsche Unternehmer möge sich doch einmal ganz offen vor Augen halten, dass die Belebung der Wirtschaft nicht eine zufällige oder natürliche Konjunktur darstelle. Abgesehen von einigen wenige nFällen, die, gemessen an der gesamten Arbeitslosigkeit, gar nicht in Erscheinung träten, habe der deutsche Industrie- und Wirtschaftsführer bis heute nichts getan. Das sei wohl eine harte und bittere Sprache, aber es sei die Wahrheit. Seit dem 21. März sei das Stellenangebot in allen bedeutenden Tageszeitungen auf nahezu ein Nichts zurückgegangen, und in den wenigen Angeboten würden zumeist so haarsträubende, unmögliche und ungerechte Forderunen gestellt, dass eine Bewerbung völlig aussichtslos sei, zumal man sich erfahrungsgemäss doch sagen müsse, dass die betreffenden Stellen nicht nach den eingegangenen Bewerbungen besetzt werden. Aber es sei bezeichnend, dass dieses völlige Verschwinden jeglicher Stellenangebote gerade in dem Augenblick eingetreten sei, als Tausende erwerbsloser Arbeiter und Angestellter neuen Mut fassten, als sich dem Unternehmer eine psychologisch hervorragende Chance bot, seinen guten Willen gemäss dem „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" zu beweisen. Die neue nationalsozialistische Gesetzgebung habe dem Unternehmer ganz klar seine Stellung im Betrieb garantiert. Aber jetzt, da die Zeit gekommen sei, auch die Führerschaft zu erweisen und sich im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung zu bewähren, gerade jetzt komme der grosse Versager.

In Genf wird Platz gemacht.

Paris. Wie „Information" aus Genf meldet, denkt in Völkerbundskreisen niemand daran, der Sowjetunion einen ständigen Sitz im Rat zu verweigern, falls sie um ihre Aufnahme in den Völkerbund ersuchen sollte. Was die von Sowjetrussland geforderte Garantie der Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten betrifft, wird bemerkt, dass eine solche Bestimmung bereits in den Völkerbundsstatuten enthalten ist.

Aus Pleß und Umgegend

Um den neuen Bürgermeister. Am Freitag, den 13. d. Mts., tritt die Stadtverordnetenversammlung zusammen, um zur Neubesetzung des Bürgermeisterpostens Stellung zu nehmen. Die Sitzung soll Klarheit über das Vorgehen bei der Neubesetzung schaffen, insofern als über eine evtl. Ausschreibung des Postens noch keine einheitliche Auffassung besteht.

„Die Katz im Sack". Der Vorverkauf für die am Montag, den 16. d. Mts., im „Plesser Hof" stattfindende Operettenaufführung der Deutschen Theatergemeinde „Die Katz im Sack" beginnt am Montag, den 9. d. Mts., in der Geschäftsstelle des „Plesser Anzeiger".

Verlängerter Telephondienst. Wie das hiesige Postamt mitteilt, wird von Montag, den 9. d. Mts., ab, der Telephondienst von 21 bis 24 Uhr verlängert. Damit ist ein langgehegter Wunsch der hiesigen Telephonabonnenten erfüllt. Es wird aber aufmerksam gemacht, dass diese Neu-Einrichtung auf die Dauer nur aufrecht erhalten werden kann, wenn von der verlängerten Sprechzeit rege Gebrauch gemacht wird.

Eine gefährliche Frau. Im Mai 1933 wurde auf den Landwirt Anton Wieszorek in Gross-Chelm, Kreis Pless, ein Mordversuch unternommen. Als Wieczorek in den Abendstunden am Anwesen des Bauern Horst vorbeiging, pfiffen fünf Kugeln haarscharf an seinem Kopf vorbei. Wieczorek machte sofort der Polizei davon Mitteilung. Selbstverständlich wurden die Eheleute Horst vernommen, die aber wenig wissen wollten. Ganz unauffällig lenkte Frau Horst bei ihrer Vernehmung den Verdacht des Mordversuchs auf die im gleichen Dorf wohnenden Kleczek und Wycislok, die auch festgenommen wurden, doch später wieder auf freien Fuss gesetzt werden mussten, weil sich der Verdacht als unbegründet erwies. Nicht lange darauf erschien bei der Polizei ein gewisser Moll, der aufsehenerregende Aussagen machte. Nach seinen Aussagen hatte Frau Horst Moll, der im gleichen Dorf für einen „Zauberer" und Hypnotiseur galt, zu überreden versucht, durch irgendeinen Hokuspokus den Johann Kempka und Wycislok aus dem Wege zu schaffen. Der Polizei war es nun ein Leichtes festzustellen, dass den Mordversuch auf Wieczorek kein anderer als Stefan Horst auf Anstiften seiner Frau verübt hatte. Horst leugnete zunächst alles. Im Polizeigefängnis zeigte er sich mittelsamer, besonders Moll gegenüber, den man ihm in der Zelle beigegeben hatte. Und so kam es allmählich heraus, dass Frau Horst die eigentliche Schuldige war, die zuerst ihren Mann zu einem Mord überredet hatte und dann Moll zu dem gleichen Verbrechen überreden wollte. Die ausersehenen Opfer sollten nicht ohne Grund aus der Welt verschwinden. Frau Horst war zu dieser Zeit in verschiedene Prozesse (wegen Meineids, Brandstiftung, Diebstahls usw.) verwickelt, wobei in allen Prozessen Wieczorek, Kempka, Wycislok und Kleczek gegen sie belastend aussagen sollten. Diese Leute waren ihr gefährlich, und deshalb suchte sie sich ihrer zu entledigen. In der Wohnung von Horst fand man auch den Karabiner, aus dem die fünf Schüsse abgegeben wurden. Stefan Horst wurde nach seinem Geständnis dem Gerichtsgefängnis in Myslowitz zugeführt, wo er sich in einem unbewachten Augenblick am Fensterkreuz erhängte. Gegen seine Frau, die den Tod ihres Mannes auf dem Gewissen hat, verhandelte am Donnerstag die Grosse Strafkammer des Bezirksgerichts in Kattowitz. Frau Horst, die polizeilich vorgeführt werden musste, weil sie eine Krankheit vorgetäuscht hatte, leugnete mit abstossender Ruhe ihr Verbrechen hartnäckig ab. Nach kurzer Verhandlungsdauer vertagte das Gericht den Prozess, weil u. a. der Zeuge Wieczorek nicht erschienen war.

Drei Betrüger verurteilt. Im Juli 1933 waren drei „Bankvertreter", Wilhelm Hornik, Siedlaczek und Paul Smietana, alle aus Anhalt, bei dem Landwirt Nikolaus Bromboszcz in Wilkowy erschienen und hatten ihm eingeredet, seine Anleihestücke von 100 Zloty müssten umgetauscht werden. Bromboszcz gab die Wertpapiere heraus, sollte sie aber nicht wiedersehen. Die Drei versilberten die Anleihestücke in einer Kattowitzer Bank und verjubelten das Geld. Kürzlich hatten sich Hornik und Smietana wegen dieses Betruges vor dem Burggericht in Nikolai zu verantworten. Beide erhielten je zwei Monate Gefängnis. Smietana wurde zur Verhandlung aus dem Gerichtsgefängnis vorgeführt, wo er wegen ähnlicher Gaunereien eine Freiheitsstrafe zu verbüssen rat. Gegen Siedlaczek ist ein Steckbrief erlassen worden, weil er zu der Verhandlung nicht erschienen ist.

Verordnung des Justizministers über die Wechselproteste durch Postämter. Im „Dziennik Ustaw" Nr. 28 vom 31. März l. Js. ist eine Verordnung des Justizministers erschienen, die bestimmt, dass die Postämter und Postagenturen Proteste bei Wechseln, die 2000 zl nicht übersteigen, durchführen können. Die Postämter sind hierzu nicht berechtigt, wenn der Wechsel in einer anderen als der Amtssprache ausgestellt ist. Eine Ausnahme bilden die Postämter und Postagenturen in der Wojewodschaft Schlesien, Posen und Pommern, wo auch Wechsel in deutscher Sprache protestiert werden können. Die Postämter haben nicht das Recht, Wechsel, die im Ausland ausgestellt oder auf eine ausländische Währung lauten, zu protestieren. Dasselbe gilt für Wechsel, die in Danzig ausgestellt sind, auch wenn sie auf zl lauten. Diese Verordnung ist mit dem Tage der Verlautbarung in Kraft getreten.

Wojewodschaft Schlesien

„Gemeinsam schlagen!" Unter dieser Ueberschrift nimmt der jungdeutsche „Aufbruch" Stellung zu der Einigung mit der Deutschen Partei. Der Trommelschlag auf seiner Seite ist sehr gedämpft, während der andere Partner die Einigung propagandistisch sehr geschickt auszunützen versteht. U. a. schreibt der „Aufbruch": „Wir begrüssen es aufs herzlichste, dass sich **die Deutsche Partei zu unserer Weltanschauung durchgerungen** (Die Herren werden sich gewiss viel Mühe gegeben haben. D. Red) **hat und diese vorbehaltlos anerkennt.** Wir werden jetzt verstärkt um die in der Deutschen Partei stehenden Volksgenossen unsere Aufgabe um die Förderung und Erhaltung des Deutschtums in Polen führen können und hoffen, dass die Kampfgenossenschaft uns dann schneller zu dem von uns beiden gemeinsam angestrebten Ziele führen wird." A. a. O. „Wir wir auch bisher keinen Deutschen bekämpft haben, der mit reinem Herzen und mit reinen Händen für das Deutschtum im Auslande arbeitete, auch wenn er nicht ganz unserer Weltanschauung ist oder gar einer vollständig anderen Weltanschauung huldigt, genau so werden wir es auch in Zukunft halten. Wir sehen in einem solchen Deutschen nur **einen irrenden Deutschen,** der vielleicht den richtigen Weg noch einmal finden kann."

Anm. d. Red. Die „irrenden Deutschen" werden abwarten können, wer sich am Schluss geirrt hat. Der erste Irrtum der Jungdeutschen scheint uns, war der, dass sie sich auf Verhandlungen mit der zweiten und dritten Garnitur der Deutschen Partei eingelassen hat. Die erste Garnitur möchte sich, in spekulativen Zukunftshoffnungen, wohl noch von den neuen Bundesgenossen distanzieren.

Aus aller Welt

Entführung in der Hypnose. Ein höchst eigenartiger Fall beschäftigt augenblicklich die Budapester Polizei. Vor acht Wochen hatte eine Frau angezeigt, dass ihr Mann, der Tischlermeister Ludwig Pap, spurlos verschwunden sei. Nun aber war Pap in Budapester Spiritistenkreisen ein sehr bekanntes Medium, dessen man sich häufig bei spiritistischen Sitzungen bediente. Bei einer solchen Sitzung war auch eine Frau, namens Erie Helsberg, anwesend gewesen, die sich als schwedische Schriftstellerin ausgab. Die Schwedin hatte den Tischlermeister zu überreden gesucht, nach Schweden zu kommen, da er dort auf Grund seiner medialen Veranlagung zu grossem Wohlstand gelangen könne. Ludwig Pap, der verheiratet und Vater von zwei Kindern ist, hatte jedoch dieses Anerbieten abgelehnt. Eines Tages aber war er aus seiner Wohnung verschwunden. Nun, nach acht Wochen, erhielt seine Frau einen Brief von ihm, in dem er ihr mitteilte, dass die Schwedin ihn hypnotisiert und auf diese Weise gezwungen habe, mit ihr nach Schweden zu kommen. Er lebe jetzt in G tenburg, wo Frau Helsberg ihn in einer Villa gefangen halte. Er stünde immer wieder unter dem hypnotischen Einfluss der Frau, die ihn an der Rückkehr nach Budapest hindere. Zum Schluss bittet er seine Frau, bei der Polizei etwas zu unternehmen, damit er aus seinem merkwürdigen Gefängnis befreit würde. Die Budapester Polizei hat dann auch sofort Schritte eingeleitet, zumal sich im vorigen Jahre zwei ähnliche Entführungen in hypnotischem Zustand ereignet haben.

Starke jüdische Einwanderung nach Palästina. In den Monaten Januar und Februar l. Js. sind 5600 jüdische Einwanderer nach Palästina gekommen. Die offiziellen Zahlen über die Einwanderung im März stehen noch aus, doch wird diese auf 3000 geschätzt. Die Palästina-Regierung hat der zionistischen Organisation weitere 1350 Einwanderungszertifikate für landwirtschaftliche Bauarbeiter zur Verfügung gestellt, um dem in diesen Arbeitszweigen herrschenden Arbeitermangel abzuhelfen.

Gottesdienstordnung!

Katholische Gemeinde.

Sonntag, den 8. April, um 6,30 Uhr: stille hl. Messe; 7,30 Uhr: polnisches Amt mit Segen und polnischer Predigt; 9 Uhr: deutsche Predigt und Amt mit Segen; 10, 30 Uhr: polnische Predigt und Amt mit Segen.

Evangelische Gemeinde.

Sonntag, den 8. April, um 8Uhr: deutscher Gottesdienst; 9,30 Uhr: polnische Abendmahlsfeier; 10,30 Uhr: polnischer Gottesdienst.

Jüdische Gemeinde.

Sabbath, den 7. April, Schlussfest, 10 Uhr: Hallel Mussaf und Selengedächtnis; 19,15 Uhr: Sabbath-Ausgang.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt Walter Block Pszczyna. Druck und Verlag: „Anzeiger für den Kreis Pleß, Sp. z ogr. odp.", Pszczyna, ul. Piastowska 1

Bilanz der Kasino-Gesellschaft Pszczyna am 31. Dezember 1933

Spółdz. z ogr. odp.

Aktiva

			zł
Grundstück			6000,–
Gebäude:			
Gebäude I 42755,–			
Abschreibung 2%			
v. 47277,92	945,–	41810,–	
Gebäude II 11460,–			
Abschreibung 2%			
v. 13073,59	260,—	11200,—	53010,–
Mobilar		1600,–	
Abschreibung 10%			
v. 4288,–	428,—		1172,–
Vorräte:			
Bier, Selter, Limonaden		91,48	
Wein		542,–	
Spirituosen		232,67	866,15
Effekten:			
300,– zł nom. Pożyczka Narodowa			288,–
Forderungen:			
an die Genossen			
aus rückständigen Anteilsscheinen		338,–	
aus laufenden Beiträgen		704,–	
Andere Forderungen		107,–	
Dubiose Außenstände			
Beitragsrückstände von Genossen		332,–	1481,–
Flüssige Mittel:			
Bankguthaben		352,26	
Kasse		1595,05	1947,31
Transitorische Aufwände Vorauslagen			486,—
Verlust für 1933			2457,49
			67707,95

Passiva

		zł
Geschäftsanteile der Genossen		2550,–
Reserven:		
Reservefonds	2368,81	
Besondere Rücklage für Wirtschaftsführung	14112,04	16480,85
Verpflichtungen:		
Hypotheken-Darlehn	40000,—	
Darlehen der Genossen	4500,—	
Kurzfristige Verpflichtungen (Lieferanten etc.)	4161,–	48661,10
Transitorische Voreinnahmen (Vorausgezahlte Mitgliedsbeiträge für 1934)		16,–
		67707,95

Pszczyna, den 31. Dezember 1933.

Der Aufsichtsrat.

gez. Liermann. gez. Körber.

Der Vorstand.

gez. Leitlof gez. Busse gez. Srocke

Für die anläßlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten danken herzlichst

Heinrich Mücksch und Frau.